



AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Für Sicherheit, Bildung und Klimaschutz – Zukunftscoalition setzt erste Schwerpunkte

Nordrhein-Westfalen investiert in Kinderbetreuung, Bildung, in Sicherheit und den Klimaschutz – das sind die ersten Schwerpunkte, welche die Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN innerhalb der ersten 100 Tage setzt. Während der zurückliegenden Plenartage hat die Landesregierung den Nachtragshaushalt für das Jahr 2022 eingebracht. „In einer Zeit der



Thorsten Schick (CDU)

Umbrüche nimmt die schwarz-grüne Koalition im Landtag von Nordrhein-Westfalen die große Verantwortung für unser Land, für seine Menschen und zukünftige Generationen an“, sagt unser Fraktionsvorsitzender Thorsten Schick. Der neue Haushalt setzt klare Prioritäten. So

werden noch einmal 400 neue Jobs bei der Polizei geschaffen, so dass ab 2022 jährlich insgesamt 3.000 neue Polizistinnen und Polizisten in ihre Ausbildung starten können. Neue Cybercops werden Verbrecher auch im Internet mit modernsten Methoden jagen. Zudem wird der Hochwasser- und Katastrophenschutz als Lehre aus der verheerenden Flutkatastro-

phe vom Juli 2021 mit zusätzlichem Personal und einer Zentralen Landesstelle gestärkt. Für die Zukunft unserer Kinder brauchen wir motivierte Fachkräfte, die sich voll auf Betreuung oder Unterricht konzentrieren. Deshalb verlängern wir das Alltagshelferprogramm in Kitas

und steigen in die schrittweise Anhebung der Einstiegsbesoldung für alle Lehrämter auf A13 ein. Wir stellen Geld für 1.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer bereit, um Kindern aus der Ukraine bei uns ein sicheres Ankommen und gute Bildungschancen bieten zu können. Und NRW bringt die Transformation weiter voran: mit zusätzlich 200 Millionen Euro für Klimaschutz-Investitionen in der Industrie. Und: Das alles schaffen wir ohne neue Schulden. Thorsten Schick macht klar: „Das ist nachhaltig und solide. So geht verantwortungsvolle schwarz-grüne Politik.“



SPD-Fraktion auf Klausurtagung: Die Stunde des starken Sozialstaats

Das Putin-Regime führt nicht nur einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die junge Demokratie der Ukraine, es führt auch einen Wirtschaftskrieg gegen die Demokratien der Europäischen Union. Die Folgen sind eine deutlich steigende Inflation und dramatisch steigende Preise für Strom und Gas. Unternehmen geraten in Zahlungsschwierigkeiten, Arbeitsplätze sind in Gefahr, soziale Notlagen drohen. Über das, was daraus an Verantwortung auch für die Politik in Nordrhein-Westfalen erwächst, haben wir auf unserer Klausurtagung im September intensiv diskutiert. Für uns ist klar: Dies ist die Stunde eines starken Sozialstaats.

Das Bundesland Schleswig-Holstein wird einen 500-Millionen-Euro-Schutzschirm für Unternehmen und Stadtwerke spannen. Berlin führt einen günstigen Nachfolger des 9-Euro-

Tickets ein. Thüringen und Niedersachsen legen eigene Notfallfonds auf für Bürgerinnen und Bürger, die ihre Energiekosten nicht mehr tragen können. Wir fordern auch für NRW Unterstützung, die den sozialen Abstieg von Familien und soziale Notlagen von Rentnerinnen und Rentnern verhindert. Dies kann gelingen mit der Abschaffung der Kita- und OGS-Gebühren, mit einem Notfallfonds in Höhe von 300 Millionen Euro für Menschen, die die Energiekrise in finanzielle Schwierigkeiten bringt, mit einem Schutzschirm für Stadtwerke sowie den Kultur-, Sozial- und Gesundheitsbereich, mit einer Folgeaktion für das 9-Euro-Ticket und mit weiteren Maßnahmen. Insbesondere junge Menschen dürfen in dieser Krise nicht wieder vergessen und übergangen werden.

Das wird viel Geld kosten. Doch in Zeiten wie diesen darf uns eine Schuldenbremse nicht daran hindern, das Beste für unser Land zu tun. Wir müssen sehr hohe Vermögen viel stärker als bisher in die Pflicht nehmen: Finanzieren wollen wir diese Unterstützung durch eine Vermögensabgabe, eine Reform der Einkommenssteuer und durch eine Steuer auf Millionenvermögen und Millionenerbschaften. Wer reich ist, kann für Zusammenhalt und Fortschritt einen Beitrag leisten.

